



Deutscher Tierschutzbund e.V., In der Raste 10, 53129 Bonn

An den Bundesminister für Ernährung
und Landwirtschaft
Herrn Christian Schmidt
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Präsident

In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-0
Fax: 0228/60496-40

E-Mail:
bg@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Durchwahl

Datum

28.04.2017

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit der europaweiten Kampagne #EndPigPain, welche wir zusammen mit verschiedenen europäischen Tierschutzorganisationen und der Dachorganisation Eurogroup for Animals am 04. Mai 2017 starten, möchten wir auf das tägliche Leiden von Schweinen in der Landwirtschaft aufmerksam machen. Nach wie vor bestehen verschiedene tierschutzrelevante Probleme in der deutschen Schweinehaltung, die dringend Ihr Handeln erfordern. Aus Tierschutzsicht müssen Schweine bis zu ihrem Lebensende unversehrt bleiben und die Haltung darf sie weder in ihren Bedürfnissen einschränken noch Schmerzen und Leiden verursachen. Dies ist in der konventionellen Schweinehaltung leider meist nicht der Fall. Noch immer werden Ferkeln routinemäßig die Schwänze kupiert und die Zähne abgeschliffen, um sie an die Haltungssysteme anzupassen – und dies, obwohl beide Eingriffe durch die europäische Gesetzgebung seit Langem verboten sind.

Um die geltenden EU-Vorgaben umzusetzen, ist eine tierschutzgerechte Beendigung des Schwanzkupierens dringend notwendig. Dies erfordert einen Ausstiegsplan, der ein schrittweises Vorgehen mit verbindlichen Fristen umfasst. Der von Ihnen initiierte Kompetenzkreis Tierwohl hatte schon eine grobe Vorlage erstellt, deren Umsetzung jedoch bisher nicht erfolgte.

Neben einem verbindlichen Ausstiegsplan sollten zudem wichtige gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit das Halten von Schweinen mit ungekürzten Schwänzen und Zähnen keine tierschutzrelevanten Folgen hat. Die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sollte daher dahingehend geändert werden, dass die kaum entwicklungsfähigen Warmställe mit Vollspaltenböden nicht mehr gebaut werden dürfen. Neu- und Umbauten sollten eine tiergerechte Schweinehaltung mit ausreichend Platz, geeigneter Beschäftigung durch eingestreute Liege- und Wühlbereiche sowie Außenklima-kontakt ermöglichen.

Die Kastration männlicher Saugferkel stellt einen weiteren tierschutzrelevanten Eingriff dar, der große Schmerzen verursacht und der durch das gesetzliche Verbot in Deutschland ab 2019 nur noch unter Betäubung durchgeführt werden darf. Der Deutsche Tierschutzbund teilt die Auffassung Ihres Ministeriums, dass drei Alternativen – Ebermast, Impfung gegen Ebergeruch und Kastration unter Vollnarkose mit Schmerzmedikation – als tierschutzkonforme und praktikable Methoden zur Verfügung stehen. Ausdrücklich inakzeptabel ist aus Tierschutzsicht hingegen die Forderung der Branche im Rahmen der „Herriedener Erklärung“, die Lokalanästhesie als „4. Lösung“ für diesen Zweck zuzulassen. Verschie-



dene wissenschaftliche Studien belegen, dass diese Methode zusätzliche Schmerzen und Stress verursacht und keine ausreichende Schmerzausschaltung während der Kastration hervorruft. Die Methode stellt daher aus Sicht des Tierschutzes einen intolerablen Kompromiss dar, wozu wir uns auch von Ihnen als zuständigem Minister eine klare Positionierung gegen die Lokalanästhesie wünschen.

Grundsätzlich sollten auch für importierte Ferkel, Mastschweine und Schweinefleisch(erzeugnisse) die gleichen Anforderungen wie für deutsche Erzeuger gelten. Aus Tierschutzsicht inakzeptable Methoden, wie die Lokalanästhesie oder die Betäubung mittels Kohlendioxid, sollten untersagt werden. Des Weiteren möchten wir unterstreichen, dass eine tiergerechte Schweinehaltung mittelfristig ohne den chirurgischen Eingriff auskommen muss. Daher bitten wir Sie um Ihre aktive Unterstützung bei der Realisierung eines europaweiten Ausstiegs aus der Ferkelkastration bis 2024, was auch eine Forderung der #EndPigPain-Kampagne darstellt.

Ein weiterer Problembereich der Schweinehaltung, der dringenden Handlungsbedarf erfordert, ist die Haltung von Sauen in Kastenständen. Der Beschluss der Agrarminister vom 31. März 2017, das Magdeburger Urteil durch eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit einer deutlichen Verkürzung der Fixierungsdauer von Sauen im Deckbereich umzusetzen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Doch im Sinne des Tierschutzes ist es inakzeptabel, für Umbauten Übergangsfristen von bis zu 20 Jahren zu gewähren und als Endziel weiterhin die routinemäßige Fixierung im Kastenstand über mehrere Tage zuzulassen. Bisher nicht berücksichtigt ist außerdem die ebenfalls tierschutzrelevante Fixierung von Sauen im Abferkelbereich, welche dringend beendet werden sollte. Die Haltung von Sauen kann durchaus auch ohne Fixierung problemlos funktionieren, wie die Erfahrungen anderer europäischer Länder sowie alternativer Betriebe in Deutschland zeigen. Eine tiergerechte Sauenhaltung sollte gesetzlich so ausgestaltet sein, dass eine Fixierung auf das aus Tierschutzsicht absolut notwendige Maß beschränkt wird – maximal kurzzeitig für tiermedizinische Behandlungen, Besamungen oder im Einzelfall bei Aggressivität der Sau gegenüber ihren Ferkeln. Übergangsfristen für Altbauten sollten möglichst kurz gesetzt werden und für den Übergangszeitraum sollten individuelle Umstellungspläne sicherstellen, dass die Sauen nicht länger in beengten Kastenständen leiden.

Neben den dringend notwendigen gesetzlichen Änderungen für die Haltung von Schweinen, bedarf es zudem einer zielgerichteten Subventionierung tiergerechter Stallsysteme durch den Bund und die Länder, um eine Umstellung zu mehr Tierschutz schnellstmöglich zu realisieren.

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
da wir Sie als Befürworter des Tierschutzes kennen, hoffen wir auf Ihre Unterstützung bei der Abstellung der tierschutzwidrigen Probleme in der Schweinehaltung und eine damit einhergehende Umsetzung der EU-Vorgaben.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schröder